

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur
Herr Dr. G. Wirth, Auerbach
H. Auerbach, Auerbach
H. Auerbach, Auerbach
H. Auerbach, Auerbach
H. Auerbach, Auerbach

Druckpreis: Durch unsere Seiten frei im Saag monatlich 4.00 Mark. Bei der Abnahme abgeholt monatlich 3.00 Mark. Bei der Post bezahlt vierteljährlich 10.00 Mark, monatlich 3.00 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsabnehmer und Abgabestellen, sowie die Verhältnisse und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Nr. 118.

Dienstag, den 24. Mai 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Zum Reichsminister des Aeußern ist der Gesandte im Haag Dr. Rosen ernannt worden.

Die Aufhebung der Sanktionen am Rhein soll nach einer Mitteilung aus englischen Quellen bis spätestens 6. Juni erfolgen. Die Räumung der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort soll bereits einige Tage vorher angeordnet werden.

Die Reuter erfährt, ist beschlossen worden, vier britische Infanteriebataillone vom Rhein nach Oberschlesien zu entsenden.

Eine deutsche Note an die Reparationskommission fordert Maßnahmen zur Wiederherstellung der ober-schlesischen Kohlenlieferung an Deutschland.

Das deutsche Angebot auf Lieferung von 25000 provisorischen Häusern für das Wiederbaugesbiet wurde von Frankreich angenommen.

Gestern wurden in Kopenhagen zwischen Vertretern Deutschlands und Dänemarks Verhandlungen eingeleitet zur Lösung einer Reihe von Fragen, die sich aus der Einberlebung Nord-schleswigs in Dänemark ergeben haben.

Der neue Außenminister.

Der Reichspräsident hat den bisherigen deutschen Gesandten im Haag Dr. Rosen zum Minister für die auswärtigen Angelegenheiten ernannt und dem Reichskanzler die Entlastung für die Führung der auswärtigen Geschäfte erteilt.

Dr. Friedrich Rosen wurde in Jerusalem geboren, wo sein Vater in den 60er Jahren preussischer Konsul war. Wie sein Vater und dessen Bruder, so hat sich auch Friedrich Rosen als Orientalist einen Namen gemacht. Nach Abschluß seiner Studien im Jahre 1888 war er zunächst Lehrer der hindustanischen Sprache am orientalischen Seminar in Berlin. Im Jahre 1890 trat er als Dolmetscher in den diplomatischen Dienst ein und wurde zunächst in Teheran und Buschir in Persien, dann 1897 als Konsul in Bagdad und seit 1899 in Jerusalem verwendet. Daraufhin wurde er 1900 in die politische Abteilung des Auswärtigen Amtes nach Berlin berufen, wo er bis 1904 das Orientreferat innehatte. Im Jahre 1905 erfolgte seine Entsendung nach Arabien, wo er mit dem Regus Menelik in Addis Abeba einen deutsch-äthiopischen Handelsvertrag abschloß. Inzwischen war die Marokkokrise ausgebrochen; Rosen wurde nunmehr als Gesandter nach Tanger entsandt. Vorher hatte er noch im September 1905 einen besonderen Auftrag in Paris zu erfüllen, wo er mit dem Kabinett Rouvier die Verhandlungen über die Fortsetzung des Programms der Algeiras-Konferenz führte. Nach Abschluß der Konferenz, auf der er u. a. das Deutsche Reich vertrat, kehrte er zunächst wieder als Gesandter in Teheran nach Persien zurück. 1910 kam er in gleicher Eigenschaft nach Bukarest und 1912 nach Lissabon, wo er bis zum Eintritt Portugals in den Krieg (März 1916) tätig war. Im Oktober 1916, als der deutsche Gesandte im Haag v. Kuhlmann Nachfolger des Grafen Wolff-Metternich in Konstantinopel wurde, kam er an dessen Stelle nach Holland.

Dass Rosen hohe staatsmännische und diplomatische Fähigkeiten besitzt, konnte er unter schwierigen Verhältnissen in Teheran, Lissabon und zuletzt im Haag beweisen. Er ist mit dem Geschäftsbetrieb an der Zentrale durchaus vertraut und verfügt über eine große Personenkenntnis, was insofern von Bedeutung ist, als er mit dem solidarischen Beamtenklingel in der Wilhelmstraße keineswegs zusammenhängt, sondern diesen stets als Außenstehender objektiv seit Jahren zu kritisieren pflegte. Dr. Rosen weist seit zwei Tagen in Berlin. Die Sozialdemokraten haben ihre Zustimmung zu seiner Ernennung von der Ernennung Röstlers zum Pressechef abhängig gemacht, so daß von dieser Kandidatur wieder mehr die Rede ist. Dr. Wirth soll als Reichskanzler nicht abgeneigt sein, das Fortbehalten des Finanzministers beizubehalten. Für den Staatssekretär von Daniel wird ein Posten im auswärtigen Dienst gesucht. Wie verlautet, ist es möglich, daß er Gesandter in Stockholm an Stelle des nach Moskau gehenden H. Raboldy wird.

Der Reichskanzler über die politische Lage.

Einem Mitarbeiter des V. Z. gegenüber äußerte Reichskanzler Dr. Wirth über die gegenwärtige inner- und außenpolitische Lage u. a. folgendes: Halb nach der Bildung der Regierung sind die zuständigen Ressorts angewiesen worden, die Reparationsfrage, die Art unserer Leistungen nach großartigen Gedanken zu bearbeiten und sie in Form von Gesetzentwürfen einem engen Ausschuss des Kabinetts und nachher im Kabinett selbst vorzubringen. Unsere Politik muß von sachlicher Seite her auf lange Sicht gestellt werden. Die Leistungen sind programmatisch

zu entwerfen und unter streng sachlicher Würdigung dem Reichstage zu unterbreiten. Soll Deutschland wieder frei werden vom harten Druck der Gegenwart, so kann die Befreiung nur durch Arbeitsleistung erfolgen. Diejenigen Parteien, die sich an der jetzigen Regierung beteiligen und beteiligen wollen, müssen ihre Mitarbeit auf Jahre einstellen. Die Vertreter derjenigen Parteien, die ja gesagt haben, müssen ihre Parteiangehörigen auf Jahre des Opfers vorbereiten. Niemand soll ausgeschlossen sein; der auf sachlichem Boden am Wiederaufbauprogramm mitarbeiten will. Auf die Frage, was ihn zum Javort beim Ultimatum bestimmte, entgegnete der Reichskanzler: Die Sorge um das Deutsche Reich, um die deutsche Arbeit und die deutsche Industrie, die Sorge um das deutsche Volk und die Sorge um die deutsche Zukunft. Wer in aller Welt hätte bei Ablehnung des Ultimatus an Deutschlands Willen geglaubt, bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit den Friedensvertrag zu erfüllen? Niemand! Die ganze Welt hätten wir gegen uns gehabt wenn wir nach dem Krieg das Leben und die Gesundheit von Millionen nicht scheuten. Und wieviel mehr müssen wir in der Gegenwart Geldleistungen auf uns nehmen, wenn wir dadurch deutsches Land und deutsche Freiheit retten können. Im Kriege kostete ein Monat einige Goldmillarden, also ungefähr so viel wie die festen Annuitäten, die wir jährlich zu zahlen haben. Mich hat immer die Ueberzeugung in der Politik geleitet, daß die Richtung der Politik scheitern muß, die meint, daß man durch das dauernde Hinhalten und Ausweichen und durch das Bedingungsstellen die Lage meistern könne.

Notenwechsel über die ober-schlesischen Freikorps.

In den letzten Tagen hat zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem französischen Vorkämpfer Laurent ein Notenaustausch über die Bildung von Freikorps in Oberschlesien und die zu ergreifenden Gegenmaßnahmen stattgefunden. Die Note des französischen Vorkämpfers vom 19. 5. lautete folgendermaßen:

Herr Reichskanzler! Ev. Erzellenz hat mir gestern (am 18.) von den Maßnahmen Kenntnis gegeben, die das Reichswehrministerium getroffen hat, um die Bildung von Freikorps zu verhindern, die das Reichswehrministerium versagt hat, um jegliche Beförderung von Freiwilligen und Waffen nach Oberschlesien zu unterlassen. Nach den mir zugegangenen Informationen sind diese Maßnahmen zu spät getroffen worden, um das Einbringen bedeutender bewaffneter Kontingente von außerhalb nach Oberschlesien zu verhindern. Die in der Gegend von Kreuzburg unter Befehl v. Armin vereinigten Freikorps sollen mehr als 8000 Mann zählen. Gleichfalls wird die Anwesenheit der Freikorps v. Aulod bei Döppel und Schmidt bei Krappitz gemeldet. Die Gruppe Ratibor, die einen täglichen Bericht veröffentlicht, soll über 9000 Mann und mehrere Kanonen verfügen. Die erste Maßnahme, die diese Lage gebietet, ist die strenge Abschließung der Grenze zwischen dem deutschen Gebiet und dem Abstammungsgebiet durch die deutschen Behörden. Die polnische Regierung hat bereits einer derartigen an sie gerichteten Aufforderung entsprochen. In zweiter Linie wäre ich Ev. Erzellenz dankbar, wenn Sie die zuständigen Behörden anweisen wollten, der Interalliierten Kommission die Aufgabe der Lebensmittelförderung zu erleichtern. Schließlich muß ich erneut darauf bestehen, daß die Reichsbank aufgefordert wird, unverzüglich die zur Befahrung der Uebetter notwendigen Fonds nach Oberschlesien zu entsenden. Nach den Angaben, die die Delegationsräte Richard Meyer und Wolke gestern Abend dieser Gesellschaft gemacht haben, soll diese Sendung an die vielfache Bedingung geknüpft sein, daß die Kommission die sekundäre Verantwortung für die Bewerkstelligung ihrerseits übernimmt und daß die Zahlung auf gewisse Beträge beschränkt werde, die nach Ansicht der deutschen Vertreter der Kontrolle der Insurgenten entzogen sind. Dieser Einspruch, ist mit dem Wunsch verbunden und Geist des Vertrages unvereinbar, wonach die Regierungskommission als Vertreterin der alliierten Mächte die ausschließliche Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung trägt. Unter diesen Umständen ist die deutsche Regierung gehalten, sich auf die Kommission zu verlassen, die Beförderung und die Verteilung der Fonds nach ihrem Ermessen sicherzustellen. Würden die versprochenen Abhilfe weiterhin zurückgehalten werden, so würden Sie sich schwerlich dem Vorwurf entziehen können, die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit unmöglich zu machen und die Anarchie zu verlängern, wenn Sie die Kommission zu unterdrücken bemüht ist. gez. Charles Laurent.

Die deutsche Antwort, die auf die vorstehende Note gestern ergangen ist, hat folgenden Wortlaut: Herr Vorkämpfer! Ev. Erzellenz hat mir mit der Note vom 19. d. M. die Auffassung der französischen Regierung über gewisse Oberschlesien betreffende Fragen übermittelt. Ich benutze gern jede Gelegenheit, um durch Erörterung mit dem in Berlin beglaubigten Vertreter der beteiligten Regierungen die Missverständnisse zu erschöpfen, den Brandherd in Oberschlesien zu beseitigen, dessen Fortbestehen, wie Ev. Erzellenz mit Recht ausführen, den allgemeinen Frieden aufs Schwerste gefährden muß. Ev. Erzellenz hat aus den Maßnahmen der deutschen Regierung ergeben, daß diese die Bildung von

Freikorps auf deutschem Gebiete und den Uebertritt von nichtbesetzten deutschen in das besetzte Gebiet nicht dulden. Etwas ganz anderes ist der Selbstschutz, den die an Leib, Leben und Eigentum aufs höchste gefährdete Bevölkerung Oberschlesiens in Ermangelung jeglichen Schutzes durch die französischen Truppen und in berechtigter Notwehr gegen polnische Insurgenten von sich aus zu bilden genötigt war. Auf diesen aus dem Zusammenstoß der Bevölkerung hervorgegangenen Selbstschutz in einem Gebiet, das der Verwaltung der Interalliierten Kommission untersteht, hat die deutsche Regierung keinen Einfluss. Die deutsche Regierung hat über die bisher getroffenen bekannten Anordnungen hinaus aber Anweisungen erteilt, daß die zur Ueberwachung der Grenzlinie des besetzten Gebietes auf deutscher Seite vorhandenen Sicherheitsorgane wesentlich verstärkt werden.

Ev. Erzellenz erwähnen, die polnische Regierung habe der Aufforderung zur Sperrung der Grenze entsprochen. Demgegenüber habe ich die Ehre, festzustellen, daß eine Verfügung der polnischen Regierung diesbezüglich ergangen sein mag, daß die Grenze aber tatsächlich vollständig offen steht und tagtäglich der Uebertritt polnischer Soldaten, sowie der Nachschub von Munition und Materialen jeder Art für die Insurgenten erfolgte. Aus der Menge des hierüber vorliegenden Materials erwähne ich nur einen Vorfall, der sich in den letzten Tagen ereignet hat: In dem noch im Machtbereich der Interalliierten Kommission befindlichen Kreise Kreuzburg haben in der Nacht zum 20. Mai 250 bis 300 Polen die Grenze überschritten und den Ort Cosau angegriffen. Auch hier mußte den anwesenden britische Selbstschutz eingreifen, um das Verbot friedlicher ober-schlesischer Bürger zu schützen. Der Angriff konnte unter wenigen Verlusten abgeschlagen werden, nachdem die eingebrungenen Polen vom Dorfe ein Geheiß in Brand gesetzt hatten. Die Leiden, die die unglücklichen Bewohner von den mit grauem Raffinement vorgehenden Banden zu erdulden haben, sind unbeschreiblich.

Aus der großen Anzahl von unerhörten Vorfällen sei hier nur an die vor wenigen Tagen durch die Polen erfolgte Mißhandlung der beiden Ingenieure Winckler und Ledde in Friedensschütze erinnert, die in der Turnhalle über ein Pferd gelegt und mit Peitschenhieben bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen, dann wiederholt durch Erschütterungen zum Bewußtsein gebracht und daraufhin weiter geschlagen worden sind, so daß sie jetzt hoffnungslos darniederliegen. Die deutsche Regierung ist ständig bemüht, Mittel und Wege zu finden um die unbeschreibliche Qual der ober-schlesischen Bevölkerung zu mildern. Sie ist in Uebereinstimmung mit Ev. Erzellenz grundsätzlich bereit und gewillt, in jeder praktischen Weise auch durch Lebensmittel- und Geldsendungen die Lage zu erleichtern. Es besteht jedoch nach der übereinstimmenden Ansicht aller Beteiligten, sogar der unmittelbar betroffenen Kreise in Oberschlesien die objektive Unmöglichkeit für die Gewähr, daß Geld oder Lebensmittel tatsächlich in die Hände der wirklich Empfangsberechtigten gelangen und nicht dem Zugriff der Insurgenten unterliegen. Der Präsident der Interalliierten Kommission verfügt wenige Kilometer hinter Oppeln über keinerlei Machtbefugnisse mehr und ist nicht in der Lage, seine etwa gegebenen Garantien in die Tat umzusetzen. Auch die von ihm ausgehenden Bescheinigungen haben bei den polnischen Insurgenten, die teilweise beginnen, sich in wilde Banden aufzulösen, keinerlei Geltung mehr. Die daraufhin von Major Salerou vom polnischen Hauptquartier persönlich erbetenen schriftlichen Ausweise wurden auf der Fahrt von den polnischen Posten ebenfalls nicht anerkannt, so daß die Deputation wieder umkehren mußte.

Den Ausführungen dieser Note werden Ev. Erzellenz entnehmen, daß die deutsche Regierung alles zur Besserung der Lage in Oberschlesien zu tun bereit ist, soweit die tatsächlichen Verhältnisse es nicht unmöglich machen. Die deutsche Regierung will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es den Bemühungen der Interalliierten Kommission gelingen werde, endlich Mittel und Wege zu finden, die ordnungsmäßige Gewalt in Oberschlesien wiederherzustellen und die Bevölkerung von dem Joch der polnischen Insurgenten zu befreien. Ich benutze auch diesen Anlaß usw.

gez. Dr. Wirth.

Oberschlesien.

Berücht gewordenen Rahe.

In einem lehrreichen Artikel weist der Observer darauf hin, daß die industrielle Entwicklung Oberschlesiens völlig der deutschen Initiative zu danken sei. Zudem sei das Gebiet jetzt, wo Deutschland schon so viel Land abgegeben habe, ein absolut unentbehrlicher Teil der deutschen Wirtschaftsleben. Die Polen haben schon viele Millionen Rubel, Weizen und Altener annehmt, ferner 3 Millionen Deutsche. Dazu wollen sie nach Oberschlesien haben. Sie argumentieren an dieser verwinkelten Grenze einfach so, daß die Polen in den gemischten Bezirken über Anderssprachige herrschen dürfen, aber nirgendwo Anderssprachige über die Polen. Das ist verächtlich geworden Rahe. Es ist die Verkennung aller Verantwortung und aller Ueberlegung praktischer Politik. Für England war es höchste Zeit zu handeln. Mit Bezug auf Belgien haben wir für internationale Befehle und Verträge gekämpft. Polen hätte aus eigener Kraft niemals wiederhergestellt werden können. Niemals hätte Polen ohne Englands Anstrengungen wieder existieren können. Wenn die Polen in Oberschlesien verbleiben,